

Bäuerliche Landwirtschaft stärken – grüne Politik für das Land

Erklärung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
zur Internationalen Grünen Woche 2010

Der Existenzkampf der Milchbäuerinnen und Milchbauern führt uns deutlich vor Augen, dass wir vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung in der Landwirtschaft und im Umgang mit dem ländlichen Raum insgesamt stehen.

Wollen wir als Gesellschaft ländliche Räume, in denen eine industrialisierte Landwirtschaft Rohstoffe für den Weltmarkt auf Kosten von Klima, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit erzeugt, oder wollen wir eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die zur Lösung der Probleme unserer Zeit beiträgt?

Um diese Frage geht es sowohl beim Existenzkampf der Milchbäuerinnen und Milchbauern als auch bei der Entscheidung über die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik nach 2013. Damit betrifft die Agrarpolitik nicht nur Bäuerinnen und Bauern, sondern uns alle.

Eine bäuerliche, das heißt eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft mit lokal angepasster Größenstruktur kann maßgeblich zum Klimaschutz, zum Erhalt von Biodiversität und Kulturlandschaft, zum Tierschutz, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen, zu gesunder Ernährung, internationaler Ernährungssicherheit und zu mehr Fairness im Agrarhandel beitragen. Sie kann den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher nach gentechnikfreien Qualitätsprodukten aus regionaler Herkunft und artgerechter Tierhaltung Rechnung tragen. Bäuerliche Landwirtschaft ist somit nicht ein schönes Relikt der Vergangenheit, sondern eine hochaktuelle Forderung unserer Zeit, wie der Weltagrarbericht eindeutig festgestellt hat. Nur eine solche Form der Landwirtschaft verdient auch in Zukunft öffentliche Gelder, denn nur sie erbringt öffentliche Leistungen. Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bauernverband stehen für das Gegenteil: Gefördert werden einseitig die Betriebe, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Kostenführerschaft und der Weltmarktorientierung suchen und dafür auf Industrialisierung, chemische und gentechnische Intensivierung sowie Rationalisierung setzen. Diese Landwirtschaft wird als Allheilmittel gepriesen, bedeutet aber in Wirklichkeit: Verschärfung des Klimawandels durch mehr statt weniger CO₂-Ausstoss aus der Landwirtschaft, Verlust zehntausender bäuerlicher Existenzen hier und in den Entwicklungsländern, Behinderung der Ernährungssouveränität, das Verschwinden artenreicher Wiesen und Weiden, immer größere Massentierhaltungsanlagen, Zerstörung der Kulturlandschaft sowie die Belastung von Wasser, Boden und Luft.

Setzt sich diese Politik durch, werden sich auch im Milchsektor die Agrarfabriken etablieren, wie sie aus der Haltung von Mastschweinen, Hähnchen und Legehennen allzu gut bekannt sind. Das wäre das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland und Europa. Der Anblick grasender Milchkühe wird dann ebenso der Vergangenheit angehören wie Dörfer mit Bauernhöfen, Wiesen und Weiden. Stattdessen werden Maismonokulturen als Güllesenken der Massentierhaltung das Landschaftsbild prägen.

Grüne Politik für eine nachhaltige Landwirtschaft

Mit der grünen Agrarwende haben Bündnis 90/Die Grünen einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik eingeleitet. Wir haben die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an die Agrarerzeugung in unsere Agrarpolitik einbezogen und die Förderbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft verbessert. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den BäuerInnen, ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen, Umwelt- und TierschützerInnen fortsetzen, denn wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten.

Agrarpolitik ist Zukunftspolitik, wenn sie die richtigen Leitlinien für eine nachhaltige Landwirtschaft setzt. Die derzeitige EU-Agrarpolitik, in der 85 Prozent der Direktbeihilfen für die Landwirtschaft an nur 20 Prozent der Betriebe gehen, ohne dass diese Zahlungen ausreichend sozial und ökologisch qualifiziert sind, führt in die falsche Richtung.

Wir Grüne treten für eine Politik ein, die ökologische und soziale Lenkungswirkung entfaltet, und Rahmenbedingungen für faire Preise schafft. Dazu müssen alle verfügbaren politischen Instrumente genutzt werden, das Ordnungsrecht ebenso wie wirksame Marktregeln, zum Beispiel für die Milchproduktion. Öffentliche Gelder sollen in Zukunft nur noch für die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen gezahlt werden und nicht mehr für das bloße Einhalten der gesetzlichen Vorschriften. Die Betriebe, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen und erhalten, werden honoriert. Eine einseitig auf Export orientierte Landwirtschaft, die jegliche ökologischen, ethischen und sozialen Standards als Belastung begreift, kann und darf nicht länger mit Steuermitteln subventioniert werden.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Agrarpolitik in diesem Sinne umgestaltet wird und so die bäuerlichen Betriebe stärkt. Den Milchbäuerinnen und Milchbauern und allen anderen Landwirten, die das Recht auf Gestaltung ihrer Arbeit und ihres Wirtschaftens statt neuer Subventionen und Abhängigkeiten von der Lebensmittelindustrie fordern, sprechen wir unsere Anerkennung und unsere Unterstützung aus.